

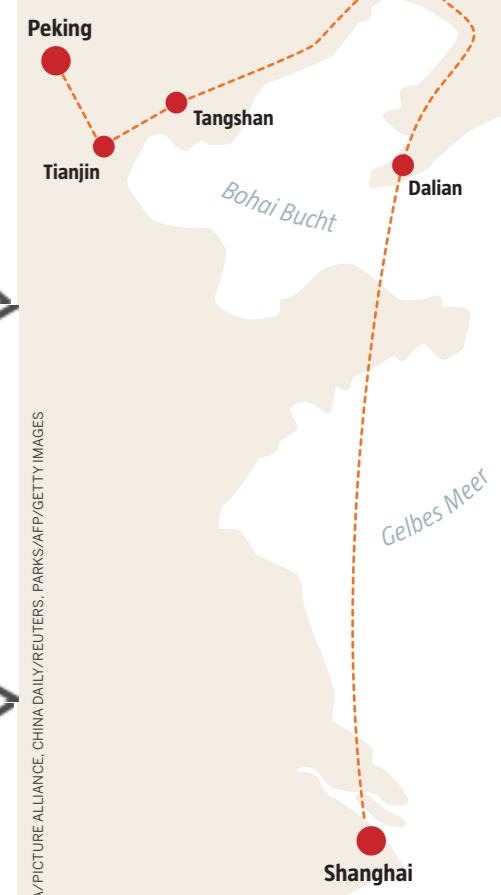
[Dossier] „Grünes“ China

[22] Die Reportage
Chinas Umweltpolitik ist gut gemeint,
wird aber zu oft schlecht umgesetzt

[26] Das Interview
Wieso BASF glaubt, von der Ökopolitik
Pekings profitieren zu können

[29] Der Essay
Warum Chinas Umweltoffensive längst
nicht weit genug geht

Ü&@ ~ c ä ^•Á
Ó@ aK/Ó\} cÄ
!æ &@} Qä • dā Ë
•&q cA^à^} Á
Y [@ @ ~ • ^!} Ä C | Ä
Q | d | Ä T a U & @ • Ë
• ^!} A e { | ^ } A O E
• & @ ! A / O a ä A ^ Ë
* ^!} A ä \$] ^ • c | Ä
Q | d | Ä B O a ^ A ä A
ä Z @ ä * A & @ | - Ä
Y æ • ^!} A ä • A ä ^ { A
c ^!} a ^ & c | A | • • Ä
Ç | B Q | d | A ä A
S ä ^!} A ä a A ^ * ^!} Á
ä ^!} & ä ^!} S - Ä
O e { { æ \ ^!} A ä A
Q > @] | | c ä ä & @
Ç | B Q | d | A B



FOTOS: SABRIE/ONASIA, HE/DPA/PICTURE ALLIANCE, CHINA DAILY/REUTERS, PARKS/AFP/GETTY IMAGES

Pekings Kampf gegen den Dreck

China hat im 12. Fünfjahresplan erstmals **Umweltschutz über Wirtschaftswachstum** gestellt. Nahaufnahme eines Megaprojekts VON DANIELA MEYER UND AMBER LEE*

DIE FISCHER RUDERN IN KLEINEN BOOTEN hinaus aufs Meer. Mit Suppenkellen und Salatschüsseln schöpfen sie pechschwarzes Öl von der Wasseroberfläche. Hunderte Frauen haben sich ihr Haar abgeschnitten, um damit die zähe Flüssigkeit aufzusaugen. Ein Kilo Haar kann acht Kilo Öl aufnehmen. Mit bloßen Händen kämpfen die Menschen in der nordchinesi-

schen Hafenstadt Dalian gegen die bisher schwerste Ölpest Chinas. Beim Entladen eines Tankers waren zwei Pipelines der staatlichen China National Petroleum Corporation (CNPC) explodiert. 90 000 Tonnen Öl flossen ins Gelbe Meer. Anfang Oktober 2011 stehen wir an einem Strand, der ein Jahr zuvor vom Ölschlamm überflutet wurde, noch immer sind

*Im Rahmen eines Recherchestipendiums der Robert Bosch Stiftung reisten Euro-Chefreporterin Daniela Meyer und die chinesische Journalistin Amber Lee gemeinsam durch China und Deutschland



Tristesse An der Bohai-Bucht stehen hinter neu gepflanzten Bäumchen über Dutzende von Kilometern nur Chemieanlagen und qualmende Schloten (oben) **„Fast alle Fische sind gestorben“** Die Fischer aus Dalian können seit der schlimmen Ölpest im Reich der Mitte kaum mehr von ihrem Fang leben (unten)



Reste der Katastrophe zu sehen. Ein mit schwarzem Öl verklebtes Fischerboot liegt im groben Sand, an vielen Felsen sind dunkle Flecken. Drei weitere Ölkatastrophen hat es in der Region allein in den vergangenen vier Monaten gegeben, die letzte im August. Doch das Wasser sieht wieder sauber aus.

Relativ jedenfalls. Im Meer treibt Hausmüll: Klopapier, Plastikflaschen. Dazwischen schwimmt – kaum zu glauben – eine Gruppe von etwa 20 Chinesen. „Frühspurt“, sagt eine Frau mit lila Badekappe, als sie aus dem Wasser gestiegen ist. Seit 20 Jahren geht sie hier schwimmen: „Schwimmen ist gesund.“

Zailin Tang, Umweltaktivist und Direktor der Dalian Environmental Protection Volunteers Association, kann darüber nur den Kopf schütteln: „Viele Chinesen wissen noch nicht, dass sie die Umweltverschmutzung krank machen kann.“

Am Ende des Strands sortieren Fischer ihren Fang. Die Fische und Garnelen, die sie aus den Netzen pulen, sind winzig. „Am Meeresboden sind jetzt kleine, weiße Flocken“, erzählt ein Fischer. Viele Fische seien daran gestorben. Er glaubt, dass Chemikalien ins Wasser gekippt werden, um das aus Lecks laufende Öl aufzulösen. Lediglich 100 Yuan, etwa zwölf Euro, verdient er noch am Tag – ein Sechstel seines früheren Einkommens. „Dort oben“, sagt er und zeigt zur Hauptstraße, „ist ein Seafood-Restaurant.“ Da sollen wir essen und so einheimische Fischer unterstützen. Doch uns ist der Appetit vergangen.

Fehler des Westens

Zailin, der Umweltaktivist, hat ein Auto geliehen. Er will uns die Bohai-Bucht, einen der dreckigsten Küstenabschnitte Chinas, zeigen. Sonst fährt er Fahrrad, wie es seiner Meinung nach alle Chinesen wieder tun sollten: „Warum wiederholen wir die Fehler des Westens“, fragt er. Europa sei in der Industrialisierung auch durch eine Phase schlimmer Verschmutzung gegangen. Aber dort radle man wieder zur Arbeit, glaubt er.

Natürlich weiß auch die chinesische Regierung längst, dass Umweltverschmutzung zu einem extremen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problem geworden ist. Das wurde zuletzt bei der UN-Klimakonferenz in Durban deutlich, wo China erstmals Bereitschaft zeigte, ab 2020 ein verbindliches Klimaschutzabkommen zu unterzeichnen.

Immerhin kosten die Folgen der Verschmutzung die Volksrepublik laut Weltbank jährlich 5,8 Prozent des BIP. Hinzu kommt Pekings Furcht vor erzürnten Bürgern, die für ihr Recht auf saubere Luft auf die Straße gehen. Im 12. Fünfjahresplan, der vor einem Jahr verabschiedet wurde, hat sie daher neue Umweltziele und Gesetze zur Einhaltung festgelegt.

Die CO₂-Intensität pro erwirtschaftetem Yuan soll um 17, der Energieverbrauch um 16 Prozent sinken. Der Anteil nicht-fossiler Energieträger soll bis 2015 von acht auf elf Prozent steigen, bis 2020 sogar auf 15 Prozent. Eine nationale Plattform für Emissionshandel wird aufgebaut. Die Wirtschaft darf pro Jahr

So beurteilen deutsche Konzerne die chinesische Öko-Offensive

Die **Commerzbank** sieht in der chinesischen Umweltpolitik eine „große Chance für deutsche Unternehmen“, da diese in der Umwelttechnik zur Weltspitze zählten. Der Chemie- und Pharmakonzern **Bayer** sieht in der steigenden Nachfrage nach Isoliermaterialien und leichten Werkstoffen für Fahrzeuge „eine große Marktchance“. Ähnlich bewerten das die Konkurrenten **BASF** (siehe Interview S. 26) und **Lanxess**. „Die Umweltpolitik wird sich positiv auf unser Geschäft und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Deutschland auswirken“, heißt es bei Lanxess. Die **Telekom** erhofft sich durch die neuen Umweltziele einen „verstärkten Einsatz intelligenter Informations- und Kommunikationstechnologien – davon könnte **T-Systems** profitieren.“ Einig sind sich die befragten Unternehmen aber auch, dass die neue Politik teurer wird. „Die Produktionskosten werden steigen. Diese Entwicklung wird durch unterschiedliche Faktoren wie steigende Löhne, Energie- und Rohstoffkosten beeinflusst“, heißt es bei **Adidas**.

nur noch um sieben Prozent wachsen. Baumpflanzungen, Solarpanels, Elektroautos – insgesamt 3,4 Trillionen Yuan, 410 Milliarden Euro, will China bis 2015 der Umwelt zuliebe ausgeben. Damit ist die Volksrepublik der weltgrößte Öko-Investor.

Chinesischer Gigantismus, der Begeisterung hervorruft. Eine von Euro unter DAX- und MDAX-Unternehmen durchgeführte Umfrage zeigt, dass sich viele Konzerne von der neuen Umweltpolitik positive Impulse versprechen (siehe oben).

Blinder Aktionismus

Je mehr Zeit jedoch verstreicht, umso lauter werden auch kritische Stimmen. „In der Inneren Mongolei wurden riesige Windparks mit einer Kapazität von 20 Gigawatt gebaut“, sagt Jörg Wuttke, ehemaliger EU-Handelskammerpräsident und China-Berater der OECD, „das Problem ist, dass 50 Prozent der Windräder nicht ans Netz angeschlossen werden können.“

Auf dem Weg entlang der Küste sehen wir immer wieder Wanderarbeiter, die Windräder und Solarmodule aufbauen. Doch nicht jedes Projekt ist sinnvoll. Viele Experten glauben, China sei in blinden Aktionismus verfallen. Solarfirmen würden wie Pilze aus dem Boden schießen, um etwas vom Kuchen abzubekommen, heißt es. Tatsächlich verschmutzten viele die Umwelt aber mehr als sie ihr helfen, da sie giftigen Produktionsabfall nicht recyceln. Lediglich fünf Prozent der in China hergestellten Solarpanels wurden 2010 im eigenen Land eingesetzt. Der große Rest ging in den Export.

„Es gibt viele Einzelprojekte, aber kein Gesamtkonzept“, sagt Wuttke. Die Chinesen hätten ihr Umweltproblem erkannt und wollten etwas tun, es hapere aber an der Umsetzung. „Es ist gut, neue Technologien zu fördern, aber wichtiger wäre es, die Bürger zum Energiesparen zu erziehen“, sagt er.

Die größte Schwäche des Fünfjahresplans sei, dass er keine Preissteigerung enthalte: „Strom, Benzin, Wasser – das ist zu billig, weil die Regierung subventioniert, anstatt die realen Preise an die Verbraucher weiterzugeben.“ Wuttke glaubt nicht, dass China in den nächsten 50 Jahren wesentlich sauberer wird. Schwierig gestaltet sich zudem die Durchsetzung der

neuen Gesetze. Das Land ist zu groß, die Unternehmen weit verstreut. Die Zentralregierung kann Vorgaben machen, umgesetzt werden müssen sie vor Ort. Doch viele Provinzpolitiker sind mehr an Wachstum als an Umweltschutz interessiert. „Das ist die Kennziffer, um sich zu profilieren“, sagt Zailin, „wer 20 Prozent Wachstum meldet, ist ein Held.“

Zailin ist wie viele Experten großer Organisationen wie Greenpeace oder WWF enttäuscht. „Der Wille der Lokalregierungen, die Forderungen Pekings umzusetzen, ist noch begrenzt“, sagt Li Lin, Vizechefin von WWF in China. Es sei schon passiert, dass Beamte, anstatt gute Umweltpolitik zu machen, in Wohngebieten die Beleuchtung abschalteten, um ihre Energiesparziele zu erreichen. „Die neuen Gesetze sind wichtig, sie helfen aber erst, wenn sich alle daran halten“, sagt Li. Und das ginge nur über schärfere Kontrollen und höhere Strafen.

„Es gibt immer noch Unternehmen, auch internationale, die mögliche Unfälle und Umweltschäden einrechnen, weil Umweltmaßnahmen, wie Wasseraufbereitung, teurer wären als die Strafen“, sagt auch OECD-Berater Wuttke.

Heile Welt Umweltschützer Zailin Tang kämpft für sauberes Wasser und frische Luft



Während unserer Reise entlang der Bohai-Bucht erzählen Umweltschützer, Anwohner und Mitarbeiter ansässiger Firmen, dass Kontrollen oft nur tagsüber durchgeführt und vorher angemeldet werden. „Während die Überwachung am Tag läuft, bereiten alle ihr Abwasser auf. Aber nachts gehen bei vielen die Schleusen auf und der Dreck fließt ins Meer“, heißt es.

Am Seitenfenster von Zailins Mietauto sehen wir unzählige qualmende Schornsteine vorbeiziehen. Dicht an dicht reihen sich die Industrieanlagen über Dutzende Kilometer. Teilweise stehen sie kaum 100 Meter von Meer und Häusern entfernt. Wir fahren an einer erst kürzlich geschlossenen Chemiefabrik vorbei. 12000 Bürger hatten protestiert, nachdem ein Taifun einen Deich zerstört hatte, der das Werk schützte. Häuser mussten evakuiert und Chemikalien abtransportiert werden. Die Anwohner fürchteten, alles könnte vergiftet werden.

Unberechtigt ist die Sorge nicht: Chinas Flüsse sind extrem verschmutzt. 90 Prozent des bodennahen Grundwassers ebenfalls, 37 Prozent ist derart dreckig, dass es nicht mehr zu Trinkwasser aufbereitet werden kann. Insgesamt haben in China 400 Millionen Menschen kein sauberes Trinkwasser. 750000 Chinesen sterben jährlich an Folgen von Umweltverschmutzung, 60000 davon durch verseuchtes Wasser.

Ackerflächen sind ähnlich belastet, meist mit Schwermetallen. Zwölf Prozent der Böden sind kaum mehr nutzbar. Umgerechnet 8,08 Milliarden Euro will die Regierung für Bodensanierung ausgeben. Auch das steht im Fünfjahresplan. Ein großer Betrag. Reichen wird er trotzdem nicht, glauben Experten.

Wohnen mit Industrieblick

Am Rand der Küstenstraße, auf der wir fahren, wurde eine Reihe dünner Bäumchen gepflanzt. „Schön“, findet das meine Peking Journalisten-Kollegin Amber Lee. Ich – am Rande eines Waldes aufgewachsen – kann nur kahle Ästchen erkennen. Einen natürlich gewachsenen, alten Baum sehen wir auf der gesamten Reise nicht. Wahrnehmung ist eben unterschiedlich.

Immerhin nimmt China die Begrünung des Landes ernst und pflanzt jedes Jahr mehr Bäume als der Rest der Welt, um Klimawandel und Verwüstung zu bekämpfen. Bis 2050 soll sich dadurch der Waldanteil von derzeit 22 auf dann 42 Prozent der Fläche Chinas fast verdoppeln. Doch auch hier gibt es einen Haken: Die Monokulturen führen zum Verlust der Artenvielfalt und gefährden Wasserreserven. Zudem können die Böden dieser Wälder weniger CO₂ aufnehmen als Ackerboden.

Auf einer Anhöhe halten wir an und steigen aus dem Wagen. Von hier hat man eine gute Sicht, aber keine schöne. Am duntigen Horizont erkennt man Wolkenkratzer und Baukräne. Kaum vorstellbar, dass von hier aus mal das Meer zu sehen war.

„Die Leute, die in diesen Häusern wohnen“, sagt Zailin und deutet auf eine Hochhauskette am Rand der Anhöhe, „blickten noch vor ein, zwei Jahren direkt aufs Wasser.“ Er lacht bitter. „Das muss man sich mal vorstellen: Die haben eine Wohnung am Meer gekauft und wohnen jetzt im Industriegebiet.“

Grund für diese Absurdität ist die großflächige Landgewinnung, die überall an der Küste betrieben wird. Hunderte Quadratkilometer Meer werden aufgefüllt – um mehr Platz für noch mehr Industrie zu schaffen.

Shudong Wang, Leiter der Abteilung Umwelttechnik am Nationallabor für saubere Energie in Dalian, hält diese Maßnahme für falsch: „Wir brauchen keine neue Schwerindustrie. Wir sollten die vorhandene effizienter und umweltfreundlicher machen und alte Werke durch neue ersetzen.“

Zudem plädiert er für einen Umzug der Industrie in den Westen Chinas, wo Platz für Wind- und Solarparks sowie energieeffiziente Kohlekraftwerke ist, an die man Industriezonen dann direkt anschließen könnte.

Auch an der Bohai-Bucht wurden Industrieparks als Instrument der neuen Umweltpolitik wiederentdeckt. Die Konzerne können Synergien schaffen, Ressourcen, Energie und Kosten durch Zusammenarbeit und kurze Lieferwege sparen. Zudem ist es leichter, eine große Zahl von Firmen zu kontrollieren, wenn sie am selben Ort konzentriert sind.

Auf dem Weg von Dalian in Chinas drittgrößte Stadt Tianjin, wo wir uns einige dieser Industrieprojekte ansehen wollen, kann uns Umweltschützer Zailin nicht begleiten. Er hat für das Wochenende eine Müllsammelaktion am Strand geplant und muss noch freiwillige Helfer rekrutieren.

Mit Bus und Taxi geht es weiter. Kurz vor Tianjin machen wir in Caofeidian Halt. Noch vor fünf Jahren war der gigantische Industriepark eine vier Quadratkilometer kleine Sandinsel. Durch die Aufschüttung von 50 Quadratkilometern Meer wurde sie mit dem Festland verbunden. Zwölf Millionen Euro pro Tag gab die Regierung von 2005 bis 2009 dafür aus.

Der Stahlproduzent Capital Iron and Steel – ehemals Pekings schlimmster Luftverpester, bis die Fabrik zu den Olympischen Spielen 2008 geschlossen wurde – hat sich hier neu angesiedelt. Ebenso der größte Kohlehafen des Landes sowie Öl- und Chemiekonzerne.

Interview Claudia Huang, BASF China

„Wir profitieren von der neuen Umweltpolitik“



Als Vizepräsidentin und Mitglied des Landesvorstands von BASF in China verantwortet Claudia Huang (39) die Bereiche Technologie und Produktion

€uro: Frau Huang, wie ernst ist es China damit, „grüner“ zu werden?
Claudia Huang: Der 12. Fünfjahresplan gibt klar die Richtung für ein umweltfreundlicheres Wachstum vor. Die

Wirtschaft des Landes wird sich in Zukunft nachhaltiger entwickeln.
€uro: Werden Unternehmen, die sich nicht an die neuen Umweltauflagen halten, letztlich aus dem Markt gedrängt?
Huang: Das ist der Wille der Regierung. Durch die schärferen Regeln für Energieeffizienz will sie die Industriestruktur Chinas verbessern. Auch hier in Shanghai wurden bereits ineffiziente Betriebe geschlossen.
€uro: Kann BASF von der neuen Umweltpolitik profitieren?
Huang: Viele unserer Produkte, wie Isoliermaterialien für Häuser oder Kunststoffstoffe, die gebraucht werden, um Autos leichter und damit verbrauchs-

ärmer zu machen, werden stark nachgefragt werden, da die Regierung das Energiesparen generell fördert.
€uro: Musste auch BASF Anpassungen an die neuen Regeln vornehmen?
Huang: Wir halten uns schon immer an internationale Standards, daher sind die neuen Regeln kein Problem für uns.
€uro: Sind es also eher die chinesischen Betriebe, die für Umweltverschmutzungen verantwortlich sind?
Huang: Traditionell haben internationale Firmen höhere Standards. Seit einiger Zeit

schließt sich die Lücke aber. Die Umweltstandards sind in China mittlerweile an internationale Normen angepasst und fast gleich.
€uro: Wird die neue Umweltpolitik zu einem Wachstumsrückgang führen?
Huang: China ist zuvor eher zu schnell gewachsen. Die Regierung will daher eine Verlangsamung und damit ein gesünderes Wachstum schaffen.
€uro: Warum werden trotz der Umweltprobleme in China weiter Chemiefabriken gebaut?
Huang: Chemieunternehmen unterstützen mit ihren Produkten andere

Industrien. Unsere Produkte werden im Alltag jedes Menschen gebraucht. Solange China wächst und der Konsum zunimmt, wird hier auch die Chemieindustrie wachsen.
€uro: Helfen eigentlich die neuen Industriezonen, die überall entstehen, der Umwelt?
Huang: BASF arbeitet seit Jahren in einem eigens entwickelten „Verbund-Konzept“. In Industriezonen gibt es eine bessere Infrastruktur. Es ist leichter für die Regierung, Anlagen zum Recy-

celn von Müll und Abwasser zur Verfügung zu stellen und das System zu kontrollieren. Kosten, Energieverbrauch, die Gefahr, dass eine Chemikalie während des Transports ausläuft – all das wird durch diese Zonen reduziert, weil die Betriebe eng zusammenarbeiten.
€uro: Wird es in Zukunft schwieriger werden, die Zustimmung der chinesischen Regierung zum Bau einer Chemieanlage zu bekommen?
Huang: Die Regierung wird sicherlich noch genauer prüfen und noch mehr Fragen stellen als bisher. Daher könnte der Genehmigungsprozess länger dauern. Solange alles fair und transparent abläuft, haben wir damit kein Problem. Das ist eine normale Entwicklung auf dem Weg zu nachhaltigem Wachstum. In Europa dauern viele Dinge noch viel länger.

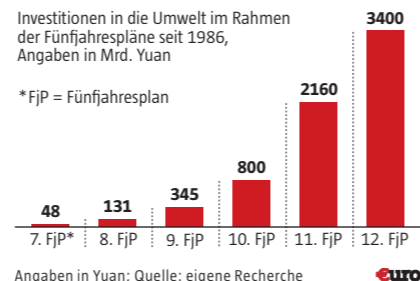
FOTOS: GRIGGEL/YOURPHOTODAY/AIPIX (1)



Ökopark
In der neu geschaffenen Industriezone Caofeidian beleuchten nachts Laternen mit Solarmodulen und Windrädchen die menschenleeren Straßen



Öko-Anlage Von China in Umweltschutz investiertes Kapital



Essay **Yang Fuqiang**, Energie- und Umweltpolizist

„Verschmutzung kostet Wachstum“

„Wir sind hier sehr umweltbewusst“, sagt unser staatlicher Caofeidian-Führer. Er deutet auf Laternen, die mit Solarpanels und Windrädchen ausgestattet sind, um abends die menschenleeren, schnurgeraden Straßen zu beleuchten. Neben Fabrikhallen stehen unzählige Hochhausgerippe, neu gepflanzte kleine Bäumchen und erstmals auch Blumen. Mit großem Eifer wurde Caofeidian begrünt. Allein 36 Millionen Euro gab man aus, um herauszufinden, welche Pflanzen auf dem Sandboden, der zur Aufschüttung verwendet wurde, wachsen.

Im Caofeidian-Infocenter erfahren wir, dass neben dem Industriepark ein Wohngebiet entsteht, das als „ökologische Stadt“ bezeichnet wird. Die Häuser erhalten eine Wärmedämmung. Der Strom soll aus Wind- und Solarenergie kommen. Wer mit dem Auto hinein will, muss dafür in Zukunft zahlen. Oder den öffentlichen Elektrobussen nehmen.

Taxi zum Todesfluss

Weil es den noch nicht gibt, rufen wir ein Taxi, um ins 150 Kilometer entfernte Tianjin zu kommen. Der Fahrer fährt uns durch kleine Orte, entlang eines schmalen Flusses. „Wir nennen ihn Todesfluss“, erzählt er. Früher hätten sie dort geangelt, aber nun gäbe es keine Fische mehr. Nicht mal Wäsche könnte man mit dem Wasser noch waschen, weil es so stinke.

Immer wieder bricht er in Gelächter aus, als er von der gescheiterten Flussreinigung erzählt: „Es wurde angeordnet, den giftigen Schlamm vom Grund abzutragen“, sagt er. Das sei auch geschehen. Dann habe man aber nicht gewusst, wohin mit dem Schlamm und ihn kurzer Hand in den See nebenan gekippt. „Jetzt ist der auch verseucht.“

In Binhai, einem neuen Stadtbezirk Tianjins, besuchen wir die Tianjin Economic-Technological Development Area (TEDA) – eine weitere Industriezone, die sich Umweltschutz auf die Fahnen geschrieben hat. Hier gibt es die erste Handelsplattform für CO₂-Zertifikate im Land, die neuesten Technologien und ein „sicheres Überwachungssystem“. Wie das funktioniert und was genau für den Umweltschutz getan wird, kann uns niemand richtig erklären. „Es funktioniert gut“, heißt es nur.

Statt Informationen gibt es einen 3-D-Trickfilm, in dem zwischen Wolkenkratzern und Fabrikgebäuden Bienen und Kinder hüpfen. Wir bekommen eine Pressemappe, die zwar schick aussieht, aber kein einziges Dokument enthält.

Ein wenig ratlos fahren wir im supermodernen Schnellzug zurück ins 120 Kilometer entfernte Peking. Nicht mal 30 Minuten dauert die Fahrt. Je näher wir der Hauptstadt kommen, desto dunstiger wird es. Am Bahnhof kann man kaum von einer Straßenseite zur anderen blicken.

Wir nehmen die überfüllte U-Bahn nach Hause. Immer noch besser, als stundenlang mit dem Taxi im Stau zu stehen. Fünf Millionen Autos quälen sich täglich durch Peking. Jüngst mussten wegen Smog Flüge gestrichen und Straßen gesperrt werden. Der Luftverschmutzungs-Index der US-Botschaft erreichte die höchste Stufe: „gefährlich“.

Schuld ist nicht nur der Verkehr: 70 Prozent der Energie stammt aus Kohle, und immer noch geht jede Woche ein neues Kraftwerk ans Netz. Etwa neun Milliarden Tonnen CO₂ bläst China jedes Jahr in die Luft, ein Viertel der globalen CO₂-Emission. Experten glauben, dass sich der CO₂-Ausstoß Chinas bis 2020 trotz aller Bemühungen auf 18 Milliarden Tonnen im Jahr verdoppeln könnte. Schon heute liegen 16 der 20 Städte mit der schlechtesten Luftqualität weltweit in China.

An der renommierten Tsinghua Universität treffen wir Andreas Oberheitmann, Direktor des Research Center for International Environmental Policy (RCIEP). „Auch wenn der Fünfjahresplan mir nicht weit genug geht, bin ich verhalten optimistisch, dass China den Umweltschutz hinbekommt“, sagt er.

Für ein „sinnvolles Ergebnis“ müsse eigentlich doppelt so viel CO₂ reduziert werden. Oberheitmann glaubt dennoch an China: „Die Wirtschaft ist schnell gewachsen, in kurzer Zeit wurde dabei die Umwelt ruiniert.“ Das schnelle Wachstum biete nun die Chance, die Umwelt schnell aufzuräumen und dann zu schützen. „Der Wendepunkt, an dem China es schaffen kann, umweltfreundlicher zu produzieren und den CO₂-Ausstoß zu senken, kommt in etwa 15 Jahren“, sagt der Professor. Ob die Chinesen so lange geduldig warten? Wer weiß. In chinesischen Medien und Internetblogs macht sich schon jetzt Unmut breit.

Der Umweltschutz ist für China zu einer Schlüsselfrage geworden. Wir sind die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Und wir wachsen weiter. Wie alle Industrienationen tun wir das auf Kosten der Umwelt – mit dem Unterschied, dass wir viel mehr Menschen sind, die zugleich vom Wachstum profitieren und unter der Verschmutzung leiden. Ich hatte gehofft, China könnte einen saubereren Weg gehen, ich dachte, wir könnten anderen Entwicklungsländern ein Vorbild sein. Aber bislang sieht es nicht danach aus.

Den Wendepunkt, an dem die Verschmutzung wieder abnehmen wird, haben wir noch lange nicht erreicht. Bevor es in China besser werden kann, wird es noch schlimmer. Daran ändert auch der 12. Fünfjahresplan nichts.

Ich sehe Fortschritte in der Umweltpolitik, aber ich hätte mir ehrgeizigere Ziele gewünscht. Der Fünfjahresplan bietet, was Klimaschutzziele angeht, wenig Neues. Die Ziele zur CO₂-Reduktion sind sogar geringer als im vorigen Fünfjahresplan. Etwas enttäuscht hat mich auch, dass es keine Pläne gibt, die Verschmutzung durch Schwermetalle – eines unserer größten Probleme – anzugehen. Um effiziente Umweltpolitik zu machen, müssten alle Verschmutzungsarten einbezogen werden.

Die größten Umweltsünder sind derzeit oft kleine Firmen. Dieses

Problem zu beheben erscheint leicht. Und tatsächlich werden viele Betriebe offiziell auch geschlossen. Aber es gibt zahllose Fälle, in denen die Schließung zwar angeordnet, aber nie vollzogen wird. Monate später kommt dann etwa durch einen Unfall heraus, dass in dem Werk immer noch gearbeitet wird.

Es stimmt, dass der Fünfjahresplan neue und gute Gesetze enthält. Aber es mangelt an der Durchsetzung. Die Regierung muss mehr Druck aufbauen. Die Provinzen müssen die Vorgaben aus Peking umfassend implementieren. Lokalpolitiker und Unternehmen müssen dahingehend erzogen werden. Das geht nur über Steuern und höhere Strafen. Die Firma ConocoPhillips China, die zu 51 Prozent Chinas größtem staatlichem Offshore-Konzern China National Offshore Oil Corporation gehört, hat durch ein Ölleck kürzlich die Bohai-Bucht auf einer Fläche von 840 Quadratkilometern verschmutzt. Die Höchststrafe dafür liegt bei umgerechnet 22.000 Euro. Das ist lächerlich.

Auch Energie müsste in China mehr kosten. Wir haben festgestellt, dass der wahre Preis für Kohle – Umwelt- und Gesundheitsschäden eingerechnet – um 70 Prozent höher liegen müsste als der aktuelle. Aber die Preisanpassung geht in China zu langsam voran. Die Regierung fürchtet, dass eine Anhebung das Wachstum der Unternehmen

zu sehr belasten würde. Und die Preise an die Bürger weitergeben will sie auch nicht, weil sie sich um den sozialen Frieden sorgt.

Zudem ist fraglich, ob China tatsächlich so auf die Wachstumsbremse treten wird, wie im Fünfjahresplan angekündigt. Die Regierung peilt ein jährliches Wachstum von nur sieben Prozent an. Das ist unrealistisch. Ich wäre schon zufrieden, wenn es nicht mehr als zehn Prozent werden.

Das sogenannte grüne Wachstum liegt ohnehin weit darunter. Die Kosten für Umwelt- und Gesundheitsschäden durch Verschmutzung verschlingen in China pro Jahr 5,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das „grüne“ BIP Chinas wuchs in den vergangenen Jahren nur mit vier oder fünf Prozent. In der Provinz Shanxi, wo ein Drittel der Kohlevorkommen Chinas liegen, beträgt es sogar minus zwei bis drei Prozent. Das allein sollte schon Anreiz genug sein, den Umweltschutz in China noch stärker zu fördern.

Yang Fuqiang (63) ist einer der einflussreichsten Energie- und Umweltpolitikern Chinas. Seit über 30 Jahren analysiert der Physiker und ehemalige Chef des Programms Global Climate Change Solutions der Umweltorganisation WWF den chinesischen Energiesektor. Yang berät die US-Umweltorganisation Natural Resources Defense Council und die Regierung Chinas.